**Vertrag zur Einbringung des Anlagevermögens für die
Niederschlagswasserbeseitigung
von der Gemeinde Helbra in den AZV „Eisleben-Süßer See“**

zwischen

dem Abwasserzweckverband „Eisleben-Süßer See“, vertreten durch den
Verbandsgeschäftsführer, Landwehr 9, 06295 Lutherstadt Eisleben

- nachfolgend AZV genannt -

und

der Gemeinde Helbra, vertreten durch den Bürgermeister, Hauptstraße 24, 06311
Helbra

- nachfolgend Gemeinde genannt -

Präambel

Mit diesem Vertrag soll die Übertragung des Anlagevermögens im Bereich Niederschlagswasser von dem bisherigen Eigentümer der Vermögenswerte (Gemeinde) auf den neuen Aufgabenträger (AZV) geregelt werden.

Es sind sowohl Mischwasserkanäle (d.h. z.B. Kanalisation mit Dreifachfunktion in die Schmutzwasser, Niederschlagswasser von Straßenbaulastträgern und Anliegergrundstücke eingeleitet werden) als auch Regenwasserkanäle sowie die Misch- und Regenwassergrundstücksanschlüsse zu übertragen.

In Bezug auf die Grundsätze der entgeltlichen Übertragung soll Folgendes gelten:

Die Vertragspartner sind sich darüber einig, dass für den Bereich der Straßenentwässerung eine Refinanzierung über Gebühren oder Beiträge nicht möglich ist. Das Vermögen, das mit übertragen wird und der Straßenentwässerung dient, wird insoweit unentgeltlich übertragen.

Ein Problem besteht gegebenenfalls auch in Bezug auf die Kanäle, die der Beseitigung des Niederschlagswassers vom Grundstücksbereich dienen, seit der Entscheidung des OVG Sachsen – Anhalt vom 27.03.2012 (4 L 233/09). Es kann sein, dass für bestimmte Bereiche, in denen aktuell kein Anschluss- und Benutzungszwang hinsichtlich der Nutzung der öffentlichen Niederschlagswasseranlagen durchsetzbar ist, eine Refinanzierung über Gebühren ausscheidet.

Für die Anlagen der Grundstücksentwässerung gilt insoweit Folgendes:

Der AZV wird u.a. mit Hilfe von Fachbehörden ermitteln, ob und gegebenenfalls inwieweit im Entsorgungsgebiet der Gemeinde eine besondere wasserwirtschaftliche Rechtfertigung für einen Anschluss- und Benutzungszwang gegeben ist.

Soweit beim AZV eine Finanzierungslücke entsteht, weil der Übernahmewert nicht voll gebührenfähig (und auch nicht beitragsfähig) ist, wird vom AZV gegenüber der Verbandsgemeinde eine besondere Verbandsumlage erhoben.

Dieser Vertrag ist davon geprägt, dass die Aufgabe der Niederschlagswasserbeseitigung gemäß den Vorschriften der § 89 ff des Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17.06.2014 der Verbandsgemeinde zugeordnet ist, während das Vermögen sich noch bei den Mitgliedsgemeinden der Verbandsgemeinde befindet. Im Nachfolgenden ist also jeweils sowohl die Ebene der Verbandsgemeinde zu betrachten (hinsichtlich Aufgabenstellung) als auch die Ebene der jeweiligen Mitgliedsgemeinde (hinsichtlich Vermögensträgerschaft).

Im Sinne dieser Grundsätze verständigen sich die Vertragsparteien auf den folgenden Vertragsinhalt:

1. Vertragsgegenstand

Mit diesem Vertrag soll der Vollzug der Aufgabenübertragung hinsichtlich der Niederschlagswasserbeseitigung nach § 56 WHG i.V.m. § 79b WG LSA 2013 und § 6 Abs. 2 GKG-LSA von der Gemeinde (bzw. hinsichtlich der Aufgabenübertragung von der Verbandsgemeinde) auf den AZV gewährleistet werden.

Die Verbandsgemeinde hat einen Grundsatzbeschluss zur Aufgabenübertragung gefasst (vgl. Beschlussvorlage VBG/BV/141/2013). Offen ist noch die Beschlussfassung zur konkreten Aufgabenübertragung. Der AZV wird die notwendige Änderung der Verbandssatzung beschließen.

Die Aufgabe der Straßenentwässerung als Teil der Straßenbaulast verbleibt bei der Gemeinde. Unabhängig davon werden technische Anlagen mit Mehrfachfunktion (unter anderem auch Funktion der Straßenentwässerung) übertragen. Die Frage der Übertragung des Anlagevermögens ist streng zu trennen von der Frage der Aufgabenträgerschaft.

In Vollzug der Aufgabenübertragung der Niederschlagswasserbeseitigung von der Verbandsgemeinde auf den AZV werden die gesamten Niederschlagswasseranlagen der Gemeinde (Grundstücksentwässerung und Straßenentwässerung) von der Gemeinde auf den AZV übertragen. Hinsichtlich der Anlagen der Straßenentwässerung verbleiben die Sinkkästen sowie die Zuleitungen zum Hauptkanal im Anlagevermögen der Gemeinde; übertragen werden für den Teilbereich Straßenentwässerung also lediglich die Hauptsammler sowie die den Hauptsammlern nachgeschalteten Anlagenbestandteile.

Die Übertragung am Eigentum hinsichtlich des Anlagevermögens Niederschlagswasser ist Voraussetzung dafür, dass der AZV die Aufgabe sachgerecht durchführen kann. Mit diesem Vertrag werden auch die Einzelheiten des Eigentumsüberganges an den Regenwasseranlagen geregelt.

Im Zusammenhang mit den Regenwasseranlagen sind bei der Gemeinde keine weiteren Dienstleistungsverträge vorhanden, die der AZV übernehmen müsste.

Die Parteien dieses Vertrages haben einvernehmlich ein Ingenieurbüro mit der Zustandsbewertung des Vermögens beauftragt. Eine Kanalbefahrung hatte sich auf ca. 10 Prozent der zu bewertenden Kanäle (welches in etwa 2 km entspricht) beschränkt. Soweit sich aus der ingenieurtechnischen Bewertung eine Minderung des Anlagenwertes ergibt (zum Beispiel wegen baulicher Mängel im Rahmen der Errichtung der Anlagen oder auch Minderung wegen des Fehlens von Bestandsunterlagen etc.), so ist dieser Minderbetrag vom Kaufpreis in Abzug zu bringen. Die Untersuchung der Anlagen wurde mit Zustandsbewertungsbericht des Ingenieurbüros SMR Helbra GmbH vom August 2015 abgeschlossen.

Die im Rahmen der Doppikeinführung durchgeführte Erfassung und Bewertung des Regenwasseranlagevermögens zum Stichtag 01.01.2013 und eine entsprechende Fortschreibung bis zum Zeitpunkt der Übergabe am 30.11.2015 dient als Grundlage für die Ermittlung der Übertragungswerte/ des Kaufpreises.

Für die noch auszuführenden Straßenbaumaßnahmen Kiefernweg und Henriettenstraße / Markt wurden durch die Gemeinde bereits Ingenieurverträge geschlossen, welche auch für die Regenwasseranlagen gelten. Insoweit sind sich die Vertragspartner einig, dass der AZV für den Anteil des Kanalvermögens in die jeweiligen Verträge eintritt und die für die Regenwasseranlagen (Grundstücksentwässerung) entfallenen Kosten trägt.

Bezüglich der zwei im gemeinsamen Verwaltungsamt der Verbandsgemeinde Mansfelder Grund-Helbra vorliegenden Gewährleistungsbürgschaftsurkunden für die Kanal- und Straßenbaumaßnahme Bauernstraße, 1. und 2. Bauabschnitt und Birkenallee sind sich die Vertragspartner einig, dass die Abwicklung einer möglichen Inanspruchnahme über bzw. mit der Verwaltung der Verbandsgemeinde abgewickelt wird.

2. Übergabe Anlagevermögen

Die Gemeinde übergibt das in der Gemeinde vorhandene Anlagevermögen bezüglich der Niederschlagswasserbeseitigung an den AZV.

Der Bestand der Regenwasseranlagen umfasst ca. 19,3 km Kanalnetz und drei Regenrückhaltebecken in Helbra; Pestalozzistraße/Teichgarten; Einzugsgebiet GWG Ost „Neutra“ und Helbra Süd auf dem Grundstück der MDSE.

Die Gemeinde verkauft dem AZV die Anlagen zu Alleineigentum. Damit wird das Eigentum an allen in der Anlage 1a und 1b benannten Vermögensgegenständen auf den AZV übertragen. Die genaue Lage und der Umfang des übertragenen Eigentums ergeben sich aus der Anlage 1a und 1b, die Bestandteil dieses Vertrages sind. Der AZV wird insoweit mit Abschluss des Vertrages Eigentümer.

3. Nutzungsrechte

Sämtliche dingliche Nutzungsrechte an Grundstücken für Anlagen, die ausschließlich der Niederschlagswasserbeseitigung dienen und im Übertragungsgebiet liegen, sind nicht Gegenstand dieses Vertrages.

4. Entgelt

Bezüglich des vom AZV an die Gemeinde zu entrichtenden Entgeltes gilt Folgendes:

- a.) Was die Übertragung des Anlagevermögens aus Erschließungsgebieten anbelangt, so übergibt die Gemeinde an den AZV das Anlagevermögen, das der Gemeinde unentgeltlich zugefallen ist, ebenfalls ohne Entgelt. Das entsprechende Anlagevermögen, das von dritten Erschließungsträgern hergestellt wurde und an die

Gemeinde kostenfrei übergeben wurde, ergibt sich aus der Dokumentation des Anlagevermögens.

Soweit in Erschließungsgebieten von der Gemeinde das Anlagevermögen entgeltlich übernommen bzw. hergestellt worden ist, erfolgt die Übernahme des Anlagevermögens durch den AZV entgeltlich. Es gilt der Grundsatz, dass die Gemeinde gehalten ist, beim Verkauf der Grundstücke die Kosten der Erschließung voll mit umzulegen, soweit dieses rechtlich möglich ist.

Es wird klargestellt, dass der AZV hinsichtlich der Anlagen mit Doppelfunktion (Straßenentwässerung sowie Entwässerung der Anliegergrundstücke) das Anlagevermögen vollständig übernimmt.

Der Übertragungswert beträgt: 0,00 EUR

Teilweise sind in Erschließungsgebieten befindliche Anlagen nachfolgend unter b erfasst:

b.) Was das weitere, von der Gemeinde geschaffene oder sonst übernommene Anlagevermögen anbelangt (Anlagevermögen, welches nicht Altvermögen ist sowie Anlagevermögen außerhalb von Erschließungsgebieten), so übernimmt der AZV das Anlagevermögen insoweit grundsätzlich zum Restbuchwert zum Zeitpunkt der Übernahme (Stichtag 30.11.2015). Grundlage zur Ermittlung des Restbuchwertes sind dabei die Herstellungskosten abzüglich eingesetzter Fördermittel und Beiträge bzw. beitragsähnliche Zahlungen Dritter. Für die Abschreibung wird eine Nutzungsdauer von 50 Jahren angesetzt.

Folgende Abzüge macht der AZV geltend: Ein Abzug in Höhe von 27.000,00 EUR erfolgt aufgrund notwendigem Sanierungsaufwand der Haltungen ZK 2 im momentan vorhandenen Gesamtnetzbereich. Ein Abzug in Höhe von 1.000,00 EUR ergibt sich für erforderlich werdende Schachtsanierungen. Ein weiterer Abzug in Höhe von 22.000,00 EUR erfolgt aufgrund einer notwendigen Reinigung des Regenrückhaltebeckens „Teichgarten“.

Der Übertragungswert beträgt: 1.303.944,93 EUR

Es besteht Einigkeit darüber, dass mit Abschluss dieses Vertrages das Eigentum an den in der Anlage 1a und 1b konkret bezeichneten Teilen von der Gemeinde an den AZV übergeht. Der Übertragungswert ist einen Monat nach Vertragsunterzeichnung fällig.

Das Anlagevermögen wird übergeben wie es derzeit in der Erde liegt. Der Übergebende schließt im Rahmen des gesetzlich möglichen die Gewährleistungsansprüche aus. Die Gemeinde ist nicht verpflichtet, bis zum Zeitpunkt der Übergabe des Anlagevermögens etwaige Mängel zu beseitigen. Das Bestehen etwaiger Mängel fließt in die Bewertung des Anlagevermögens mit ein.

5. Fördermittel / Forderungen Dritter

Für den Bau des Kanalvermögens hat die Gemeinde unter anderem Fördermittel aus dem Städtebauförderungsprogramm eingesetzt. Diese wurden im Rahmen eines Zwischennachweises abgerechnet. Die Endabrechnung ist noch nicht erfolgt.

Sollten sich aus der Prüfung der Endabrechnung Fördermittelrückzahlungen ergeben, behält sich die Gemeinde die anteilige Rückforderung der übertragenen und vom Kaufpreis in Abzug gebrachte Fördermittel vor.

Weitere offene Fördermittelvorgänge bezüglich des übernommenen Anlagevermögens bestehen nicht.

Des Weiteren bestätigt die Gemeinde, dass Forderungen Dritter bezüglich des zu übernehmenden Anlagevermögens derzeit nicht bestehen.

6. Straßennutzung

Die Gemeinde gestattet dem AZV, Leitungen und andere Anlageteile der Abwasserbeseitigung in die in ihrer Baulast stehende öffentlichen Straßen, Wege und Plätze zu verlegen und die Grundstücke in denen oder auf denen sich die Niederschlagswasserbeseitigungsanlagen befinden, zu nutzen. Die Nutzung der Grundstücke erfolgt unentgeltlich. Der Gemeinde dürfen durch Verlegung und Nutzung von Leitungen keine Kosten entstehen. Der AZV hat daher die Kostentragungspflicht bei zukünftigen Baumaßnahmen und Schadensfällen im Zusammenhang mit den Niederschlagswasserbeseitigungsanlagen – außer die Gemeinde ist für die Schäden verantwortlich. Das Kostenrisiko für eine durch eine Straßenänderung notwendig werdende Verlegung der Versorgungsleitungen ist ebenfalls vom AZV zu tragen. Dieselben Rechte und Pflichten bestehen grundsätzlich auch für nicht öffentliche Straßen, Wege und Plätze, insbesondere Wirtschaftswege, soweit die im Eigentum der Gemeinde stehen.

Der AZV und die Gemeinde werden sich über zukünftige Planungen und Baumaßnahmen von gegenseitigem Interesse rechtzeitig informieren und hierüber abstimmen. Dies gilt insbesondere für den Neubau oder bauliche Änderungen einer Straße oder von Anlagen.

7. Kosten

Notarkosten oder Kosten für Genehmigungen nach Ziffer 8 dieses Vertrages trägt der AZV. Die Gemeinde trägt somit die bereits entstandenen Kosten für die im Rahmen der Doppikeinführung durchgeführte Erfassung und Bewertung des Regenwasseranlagevermögens zum Stichtag 01.01.2013. Eine entsprechende Fortschreibung bis zum Zeitpunkt der Übergabe am 31.10.2015 dient als Grundlage für die Ermittlung der Übertragungswerte bzw. des Kaufpreises. Die Kosten für das von SMR GmbH im August 2015 fertiggestellte ingenieurtechnische Gutachten trägt der AZV. Zukünftig entstehende Kosten für Zustandsbewertungen der Anlagen trägt jeweils die Partei, die diese Bewertung beauftragt hat.

8. Genehmigungen

Notwendige Genehmigungen im Zusammenhang mit diesem Vertrag holt der AZV ein (z.B. wasserrechtliche Genehmigungen).

9. Schriftformklausel

Nebenabreden, Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen gem. § 57
Verwaltungsverfahrensgesetz zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für die
Änderung dieses Schriftformerfordernisses selbst.

Lutherstadt Eisleben, den

Helbra, den

Gimpel
Verbandsgeschäftsführer

Böttge
Bürgermeister

Anlage 1a: Dokumentation/Bewertung zum Anlagevermögen

Anlage 1b: Übersichts-/Bestandspläne der Regenwasseranlagen